

REZENSIONEN

Gertraude Krell, Barbara Riedmüller, Barbara Sieben, Dagmar Vinz (Hg.)

Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze

JULIA LEPPERHOFF

Der Sammelband verfolgt das Ziel, zu einer „Institutionalisierung von Diversity Studies als integrierende Forschungsrichtung“ (7) beizutragen und basiert auf Beiträgen eines 2005 gegründeten Forschungsnetzwerkes an der Freien Universität Berlin, das unter dem Leitmotiv „Arbeiten an und mit dem Konzept Diversity“ aktiv ist. Die Auseinandersetzung mit Diversity findet dabei aus ganz unterschiedlichen disziplinären Perspektiven statt – von Medizin über Rechts- und Politikwissenschaft bis hin zur Ethnologie und Personalforschung – aber auch interdisziplinär angelegte Beiträge zu Querschnittsthemen wie Vorurteilen oder Antidiskriminierung sind vertreten. Schwerpunkte liegen meist auf den Kategorien Geschlechter, Ethnizität und bisweilen auch Alter als Dimensionen der Differenzierung und/oder Ungleichbehandlung.

Aus Perspektive der feministischen Politikwissenschaft sind vor allem die Beiträge über die theoretische Konzeption von Differenz, zur Vorurteilsforschung sowie zu Diversity Politics, Diversity Management und Antidiskriminierungspolitik von Interesse, die im Weiteren vertiefend vorgestellt werden.

Martin Fuchs analysiert soziale Diversität als Folge von Differenzhandlungen. Dabei stellt Fuchs die postkoloniale Kritik in das Zentrum seiner Ausführungen, da dieser Diskurs dazu beitragen könne, „kulturelle Unreinheit“ zu thematisieren (27). Mit der Einsicht in die Verwobenheit der Kulturen in der Moderne, gleichzeitig aber auch der Öffnung des Blickes für multiple Kulturformen und schließlich der Realisierung einer Vielfalt von unterschiedlichen Formen der „Koexistenz des Differenten“ (ebd.) schafft die postkoloniale Debatte laut Fuchs zahlreiche Anknüpfungspunkte für die kulturwissenschaftliche Analyse von Differenz und Diversität.

Wolfgang Benz und *Peter Widmann* stellen grundlegende Ergebnisse der Vorurteilsforschung vor, die für den sozialen Umgang mit Diversity relevant sind. Vorurteile als „starre und pauschale negative Einstellungen gegenüber Bevölkerungsgruppen oder gegenüber Einzelnen, die mit bestimmten Gruppen assoziiert werden“ (36), haben dabei kognitive wie emotionale Funktionen für ihre Träger: So bieten sie dem Einzelnen Orientierung, da Vorurteile Ambivalenzen in Eindeutigkeiten verwandeln (39) und sie stützen individuelle und kollektive Identität. „Dämonisierung der Fremd- und Idealisierung der Eigengruppe sind dabei zwei Seiten einer Medaille“ (40). Eine weitere zentrale Erkenntnis ist, dass Vorurteile sich nicht aus schlechten Erfahrungen ableiten, sondern Resultat von Lernprozessen im Verlauf der Sozialisation sind. Nicht

zuletzt erzeugen Vorurteile ihre eigene Wirklichkeit und erhalten sich selbst am Leben, da das Vorurteil einerseits die Ursache von Ausgrenzung ist, andererseits die Ausgrenzung wiederum Vorurteile bedingt. Aus diesen Befunden ergibt sich für Benz und Widmann die Schlussfolgerung, dass Vorurteile nicht unüberwindbar, aber sehr langelig sind. Durch diversitätsorientierte Maßnahmen oder auch Bildungsförderung ließen sich denn auch eher die demokratischen Gegenkräfte stärken als die Personen erreichen, bei denen sich Vorurteile bereit verfestigt haben.

Barbara Riedmüller und *Dagmar Vinz* plädieren für eine stärkere politikwissenschaftliche Nutzung von Diversity als neuen Ansatz für die Analyse von Prozessen staatlicher und nicht-staatlicher Steuerung. Die Frage, wie politische Akteure Differenz herstellen, steht dabei im Mittelpunkt. Für die drei Dimensionen des Politikbegriffs (Polity, Politics und Policies) zeigen die Autorinnen und Mitherausgeberinnen des Bandes ganz unterschiedliche Bezugspunkte auf: Hinsichtlich des Verhältnisses von Staatlichkeit und Diversity lasse sich an Debatten um multikulturelle Staatsbürgerschaft als komplementäre Ergänzung der universellen Staatsbürgerschaft von liberal demokratischen Staaten anknüpfen oder auch an die Gewährung von Gruppenrechten für ImmigrantInnen und nationale Minderheiten. Diese müssten normativ auf „Diversity & Inclusion“ zielen. Angesichts der steigenden Bedeutung von „Marktakteuren als Treiber einer ‚Politik der Vielfalt‘“ (152) erhielten aber auch die Wechselbeziehungen von staatlichen und nicht-staatlichen Formen des Umgangs mit sozialer Diversität eine neue Bedeutung. Schließlich zeigen Riedmüller und Vinz, dass auch einzelne Politikinhalt Bezüge zu Diversity enthalten: Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik mit einer wachsenden Zielgruppendifferenzierung und individuellem Profiling sei hier genauso zu nennen wie die Rentenpolitik, die auf eine zunehmende Destandardisierung von Lebensläufen reagieren müsse. Als weiteres Feld wird auf die Verleihung der Staatsangehörigkeit verwiesen, eigentlich ein Kernbereich hierarchischer Steuerung, der aber ebenfalls einem Wandel unterworfen sei, da „Diskurse über Rechte und Pflichten zunehmend mit Bezug auf Menschen- oder Persönlichkeitsrechte“ (158) eingefordert und multiple Formen der Staatsbürgerschaft implementiert werden (ebd.).

Karen Schönwälder wirft angesichts des im Jahr 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes einen Blick auf die jahrzehntelangen Erfahrungen, die in Großbritannien mit dem Diskriminierungsschutz von Angehörigen ethnischer Minderheiten gemacht wurden. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass ein „multistrategy approach“, der die Ebene gesetzlicher Vorschriften und Sanktionen mit der Sensibilisierung für Diskriminierung kombiniere, besonders vielversprechend ist. Unabdingbar sei in diesem Zusammenhang eine unabhängige Behörde, die leicht zugänglich sowie mit Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet ist – allesamt Merkmale, die für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Deutschland nicht zutreffen. Auch die in Großbritannien gebündelte Behandlung ganz unterschiedlicher Diskriminierungsgründe in einer gemeinsamen Institution wie der Commission for Equality and Human Rights (CEHR) wird von Schönwälder als positiv betrachtet, da

die Anliegen von ethnischen Minderheiten durch die Einbettung in allgemeine Menschenrechtsfragen an Auftrieb gewinnen können.

Gertraude Krell und *Barbara Sieben* stellen die Strategie des Diversity Management und ihr Leitbild der multikulturellen Organisation vor. Sie systematisieren, zu welchen Themen und aus welchen Perspektiven in der Personalforschung zu Diversity Management geforscht wird. Mit einem „Diversity-Kompass“ werden vier unterschiedliche Perspektiven der Personalforschung aufgezeigt: funktionalistische, interpretative, poststrukturalistische und ideologiekritische. Abschließend unterstreichen Krell und Sieben die Fruchtbarkeit multiparadigmatischer Analysen, um Diversity theoretisch zu fundieren und die Verengung durch die vorherrschenden funktionalistischen Ansätze aufzubrechen.

Insgesamt fällt angenehm auf, dass die mittlerweile breit diskutierte Kritik, die an Diversity Management oder am Diversity-Begriff geäußert wird, nicht noch einmal en détail aufgerollt wird, im Gegenteil: Der Sammelband versucht vielmehr, Diversity inhaltlich stärker zu konturieren, mögliche Forschungsfelder und -fragen zu eröffnen und damit der Debatte einen konstruktiven Spin zu geben.

Der Untertitel des Bandes „Grundlagen und disziplinäre Ansätze“ führt allerdings auf eine falsche Fährte, da sich beim Begriff „Grundlagen“ ein stärker einführender Band und eine Systematisierung des noch disparaten Forschungsfeldes erwarten lassen. Dies leistet der Band nicht. Gleichwohl muss auch die Frage gestellt werden, inwieweit dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt, an dem sich das Forschungsfeld im deutschsprachigen Raum erst konstituiert, überhaupt ein realisierbares und auch erwünschtes Unterfangen wäre.

Noch ist nicht beantwortet, wie weit der Diversity-Begriff tatsächlich tragen kann, was der Mehrwert der Diversity-Perspektive ist und was letztlich das Spezifische dieser Perspektive ausmacht. Bisweilen schimmern aber die Chancen durch, die mit diesem Ansatz verbunden sein können: Besonders spannend sind die Artikel immer dann, wenn ganz unterschiedliche Phänomene unter der Klammer „Diversity“ diskutiert werden, so z.B. wenn Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik als Felder der Auseinandersetzung für Differenzhandlungen konzipiert werden, wie dies im Beitrag von Riedmüller und Vinz geschieht.

Das Buch ist somit erst als Auftakt für eine weitere Auseinandersetzung mit Diversity zu sehen. Auf eine Fortsetzung darf man durchaus gespannt sein.

Gertraude Krell, Barbara Riedmüller, Barbara Sieben, Dagmar Vinz (Hg.), 2007: *Diversity Studies. Grundlagen und disziplinäre Ansätze*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, 260 S., ISBN 978-3-593-38478-8.

Sylvia Marlene Wilz (Hg.)

Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen

BEATE RONNEBURGER

Innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung und der Geschlechtersoziologie wurde und wird über die Relevanz von Geschlecht diskutiert. Zu diesem Thema legt der Band eine weitere Bestandsaufnahme vor. Im ersten Teil wird ein ausführlicher Überblick über Erkenntnisse zu Erwerbsarbeit, Familie und Geschlecht sowie über die Integration von Frauen in die Erwerbssphäre gegeben. Im zweiten Teil werden verschiedene theoretische Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung vorgestellt. Alle Texte lassen sich vor dem Hintergrund von drei Fragen lesen: 1. Hat die Kategorie Geschlecht an Bedeutung verloren? 2. Wie wird das Thema Gleichheit und Differenz der Geschlechter behandelt? 3. Wie und wo werden Geschlechterdifferenzen (re-)produziert? Die Autorinnen bearbeiten diese Fragen auf der Basis modernisierungs-, struktur-, interaktions-, institutionen-, differenzierungs- und systemtheoretischer Ansätze. Das Anliegen des Buches ist es, den Leserinnen und Lesern zu ermöglichen, Theorien zu vergleichen, Verbindungslinien zwischen verschiedenen Theorien zu ziehen und eine eigene Position zu der Frage zu finden, welche Bedeutung Geschlecht in modernen Gesellschaften hat. Wie gut sich die Artikel mit ihren unterschiedlichen theoretischen Perspektiven ergänzen, wird im Folgenden anhand von drei Beiträgen gezeigt. Alle drei beziehen sich auf Interaktion als Mechanismus der Geschlechterdifferenzierung in der Erwerbssphäre.

Juliane Achatz zeigt in ihrem umfangreichen Artikel „Die Integration von Frauen in Arbeitsmärkten und Organisationen“, dass Frauen in Deutschland zwischen 1965 und 1998 zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert wurden, aufgrund unterschiedlicher institutioneller Voraussetzungen in der DDR stärker als in der alten Bundesrepublik. Die Integration ging allerdings mit geschlechtlicher Segregation einher, deren beträchtliches Ausmaß anhand des Anteils von Frauen und Männer in Mischberufen und des Frauenanteils in Spitzenpositionen verdeutlicht wird. Zu den Mechanismen der Segregation schließt sich ein guter Überblick über struktur- und handlungsorientierte Erklärungsansätze an.

Bettina Heintz und *Veronika Tacke* konstatieren, dass die Inklusion in funktional differenzierten Gesellschaften nicht mehr einheitlich über zugeschriebene Merkmale erfolgen soll, sondern aufgrund von funktional definierten Sachgesichtspunkten. Empirisch lässt sich aber durchaus Differenzierung nach Geschlecht nachweisen. So stellt sich für Heintz in ihrem auf der differenzierungstheoretischen Sicht basierenden Text „Ohne Ansehen der Person? De-Institutionalisierungsprozesse und geschlechtliche Differenzierung“ die Frage, wie trotz des global verankerten

Gleichberechtigungsmodells in vielen Bereichen eine Asymmetrie zwischen den Geschlechtern hergestellt wird. Den Hauptmechanismus sieht Heintz in der Interaktion. Heintz grenzt sich damit von Ridgeways Argumentation zur Herstellung von Geschlechterungleichheit ab, laut der in beruflichen Interaktionen *immer* nach Geschlecht kategorisiert wird. Dies ist sozial folgenreich, weil an die Geschlechtszugehörigkeit Geschlechterstereotypen geknüpft sind, die in der Regel beinhalten, dass Männer Frauen überlegen sind. Bei Männern wird z.B. davon ausgegangen, dass sie sachlicher und kompetenter als Frauen sind und weniger durch ihr Privatleben vereinnahmt werden. An dieser Vorstellung wird, so Ridgeway, selbst dann festgehalten, wenn Frauen ganz offensichtlich nicht dem Stereotyp entsprechen. Unter diesen Bedingungen – omnipräsente Geschlechtszugehörigkeit, asymmetrische Geschlechterstereotype und ignorierte faktische Verhaltensweisen von Frauen – wird Geschlechterungleichheit in der Arbeitswelt immer wieder hergestellt. Darin sieht Heintz eine Omnirelevanzthese, die jedoch durch empirische Studien nicht bestätigt werden kann. Organisationssoziologische Studien deuten vielmehr darauf hin, dass die in Interaktionen immer erfolgende Kategorisierung nach Geschlecht nur unter bestimmten Bedingungen soziale Folgen hat. Anhand einer Studie über das Arbeitsfeld Wissenschaft, in dem Leistungen ausschließlich nach Sachkriterien beurteilt werden sollen, wird gezeigt, dass dies nicht in allen Disziplinen gleichermaßen der Fall ist. In Disziplinen wie experimentelle Physik und Pharmazie stehen breit akzeptierte Sachkriterien zur Verfügung, anhand derer Leistungen, z.B. im Falle einer Meinungsverschiedenheit, beurteilt werden können. Hier liegt ein hoher Standardisierungsgrad vor. Im Vergleich dazu sind in qualitativen Feldwissenschaften wie Botanik persönliche Fähigkeiten und Erfahrungswissen bedeutsamer. Die Feldwissenschaften zählen somit zu den weniger standardisierten Disziplinen. Hier spielt die Einschätzung der Person bei der Leistungsbeurteilung im Unterschied zu stärker standardisierten Disziplinen eher eine Rolle. So können die mit dem jeweiligen Geschlecht assoziierten Stereotypen in Entscheidungssituationen eher zur Ungleichbehandlung von Frauen beitragen, da die professionelle Kompetenz von Männern in der Regel positiver als die von Frauen bewertet wird. Insgesamt überzeugt die Autorin mit ihren klaren und gut geschriebenen Ausführungen.

Tacke argumentiert, dass Netzwerke Geschlechterasymmetrien in der modernen Gesellschaft besser als Interaktionssysteme erklären können: Der universalistische Inklusionsmodus steht den in Interaktionen hervorgebrachten geschlechtlichen Differenzierungen entgegen, so dass nicht von einer automatischen Fortsetzung auf der Ebene von Organisationen und Funktionssystemen ausgegangen werden kann. Netzwerke haben hingegen das Potenzial, Geschlechterdifferenzen zu aktualisieren, weil sie sich über Personen als Adressen konstituieren. Dabei werden die Adressen hinsichtlich ihrer Potenziale, Möglichkeiten und Rollen in anderen Kontexten betrachtet. Wie Netzwerke Organisationen beeinflussen und Geschlechterdifferenz in Geschlechterasymmetrie übersetzen können, wird am Beispiel von Personalentscheidungen ausgeführt. Jede Person, die die Kriterien der Organisation erfüllt, kann Mitglied werden. Das

stellt Organisationen vor ein Entscheidungsproblem, wenn mehrere BewerberInnen die formellen Einstellungskriterien erfüllen. An dieser Stelle können Netzwerke ansetzen. Sie haben aufgrund ihrer partikularistischen Orientierung mehr Wissen über die Personen und können dadurch gute Begründungen für einen Kandidaten oder eine Kandidatin anführen. Organisationen überlassen Netzwerken aber nicht einfach das Feld, da sie dem Universalismusprinzip gemäß in Personalentscheidungssituationen Kommissionen einsetzen. Wenn allerdings Mitglieder von Netzwerken bei der Stellenausschreibung dabei sind und/oder in Stellenbesetzungskommissionen sitzen, können Netzwerke Einfluss nehmen. So können Netzwerke in Organisationen wirksam werden, weil diese nicht für alle Fragen und Eventualitäten eigene Entscheidungen und Strukturen bieten. Angesichts der Ausführungen von Heintz stellt sich allerdings die Frage, ob auch Netzwerke das Geschlecht nur unter bestimmten Bedingungen relevant werden lassen.

Der Sammelband zeichnet sich im Vergleich zu anderen Bestandsaufnahmen dadurch aus, weder ausschließlich auf einem theoretischen Ansatz zu basieren oder eine bestimmte Debatte zu fokussieren noch einen nur sehr knapp gehaltenen Überblick über verschiedene Theorien zu bieten. Es ist den Autorinnen gelungen, sich in die Rolle der Einsteigerin/des Einsteigers zu versetzen und ihr Thema dementsprechend aufzubereiten. Zuweilen wären mir allerdings ein gefälligerer Schreibstil und eine Reduktion der Details entgegengekommen.

Sylvia Marlene Witz (Hg.), 2008: Geschlechterdifferenzen - Geschlechterdifferenzierungen. Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen. Wiesbaden: VS Verlag, 324 S., ISBN 978-3-531-15603-3.

Christine Wimbauer, Annette Henninger, Markus Gottwald (Hg.)

Die Gesellschaft als „institutionalisierte Anerkennung“. Anerkennung und Ungleichheit in Paarbeziehungen, Arbeitsorganisation und Sozialstaat.

ANNELI RÜLING

Der 2007 erschienene Sammelband widmet sich verschiedenen empirischen und theoretischen Beiträgen zur Anerkennungstheorie von Axel Honneth. Dieser theoretische Analyserahmen wurde laut den HerausgeberInnen gewählt, da er „einen *subjektzentrierten Blick auf die gesellschaftliche Ordnung* (Hervorhebung im Original)“ (16) und zugleich die Analyse der Einbindung der Subjekte in die gesellschaftlichen Verhältnisse ermögliche und damit die Defizite eines rein handlungs- oder strukturgebundenen Zugangs überwinde. Die sozialen Anerkennungsformen werden nach Honneth mit Liebe, Recht und Solidarität bzw. Leistung (in späteren Entwürfen) identifiziert. In der Einleitung betonen die HerausgeberInnen jedoch, dass vor allem Honneths Konzeptualisierung von „Liebe“ ahistorisch sei und Ungleichheiten im Familienkontext ausblende. Darüber hinaus bemerken sie, dass die Kategorien sich auf einem hohen Abstraktionsniveau bewegen und sowohl deren Ausschließlichkeit, wie auch wechselseitige Interdependenzen und Durchdringungen von Honneth nicht weiter reflektiert würden. Diese Lücke versucht der Sammelband zu schließen, indem sich verschiedene Aufsätze den drei Anerkennungsformen widmen:

Mit „Liebe“ beschäftigen sich zwei Beiträge zu Paarbeziehungen von *Christine Wimbauer, Annette Henninger und Markus Gottwald* sowie von *Kai-Olaf Maiwald*. Im ersten Beitrag untersuchen die AutorInnen die verschiedenen Formen der Anerkennung bei Doppelkarriere-Paaren. Sie identifizieren widersprüchliche Anerkennungsstrukturen in der Sphäre der Erwerbsarbeit und des Wohlfahrtsstaates, vor deren Hintergrund in Paarbeziehungen je individuelle Beziehungsleitbilder und intersubjektive Anerkennungsformen ausgebildet werden. Im Ergebnis zeigt sich, dass Frauen auch in Doppelkarrierepaaren beruflich zurückstecken müssen, da eine Vereinbarkeit zweier Karrieren aufgrund beruflicher und wohlfahrtsstaatlicher Rahmenbedingungen strukturell schwierig ist, dies jedoch im Rahmen der Paarbeziehung mittels unterschiedlicher Anerkennungsstrukturen bearbeitet wird. Im zweiten Beitrag untersucht Maiwald die Zusammenhänge von Liebe, Anerkennung und der häuslichen Arbeitsteilung. Anhand empirischer Beispiele zeigt er, dass die Herausbildung einer spezifischen Arbeitsteilung und Anerkennungslogik einen wesentlichen Teil der Identitätsbildung eines Paares ausmacht. Im Rahmen alltäglicher Interaktionen wird dabei der je spezifische Kooperationsmodus ausgebildet und praktiziert, über den die Beziehung an sich stabilisiert wird. Sehr aufschlussreich in beiden Beiträgen ist die Analyse der jeweils paarinternen Anerkennungslogiken. Dass paarinterne Anerkennungsstrukturen allerdings auch die Gefahr bergen, ungleiche geschlechtsspezi-

fische Arbeitsteilungsmuster zu legitimieren und zu stabilisieren – wie verschiedene feministische Untersuchungen zum Thema „Liebe“ herausgestellt haben – kommt in dieser Perspektive nicht in den Blick.

In einem Beitrag zu subjektiven Anerkennungsstrukturen in der Erwerbsarbeit zeigt *Kai Dröge* die Milieuspezifität der erwerbsbezogenen Leistungs- und Reziprozitätsvorstellungen im Zeitalter der „Subjektivierung“. Auf Basis der Auswertung verschiedener Gruppendiskussionen wird ideologiekritisch dargelegt, wie das Deutungsmuster der Chancengleichheit die mit sozialer Herkunft verbundenen Ungleichheiten verdecken kann oder wie Erwerbslose mit einer Selbstverwirklichungsrhetorik die Unerreichbarkeit gesellschaftlicher Anerkennung antizipieren. In einem weiteren, theoretischen Beitrag durchleuchtet *Joachim Renn* die Theorie Honneths vor dem Hintergrund der Pluralisierung der Arenen von Anerkennungskämpfen und Deutungen. Dabei stellt er eine Diversifizierung der Anerkennungslogiken fest und identifiziert diese als Folge von Identitätspolitik.

Mit Fragen der Anerkennung in den Sphären des Rechts und der Solidarität befassen sich die beiden letzten Beiträge. Kritisch beurteilt *Stefan Lessenich* das der Anerkennungstheorie implizierte normative Stufenmodell, welches eine fortschreitende gesellschaftliche Integration und zunehmende Anerkennung der Subjekte voraussetzt. Gerade die Anerkennungskämpfe der jüngsten Vergangenheit würden demgegenüber eine zunehmende gesellschaftliche Entsolidarisierung mit sozial Ausgegrenzten aufgrund einer verschärften Leistungs- und Zumutbarkeitsrhetorik zeigen. Aus dieser Perspektive hebt Lessenich insofern den „stratifizierenden Charakter sozialer Ansprüche“ (162) sowie die diskursive Missachtung der „Unproduktiven“ hervor. In einem Beitrag zur Geschlechterdimension im europäischen Sozialmodell vertritt *Marion Möhle* schließlich die These, dass die Europäische Union als „institutionalisierte Anerkennungsordnung“ interpretiert werden kann. Sie rekonstruiert verschiedene Stufen europäischer Geschlechterpolitik und endet mit einem Ausblick auf Frasers Konzept der Bekämpfung von „misframing“ und „misrepresentation“ auf europäischer Ebene.

Insgesamt zeigt der Band empirisch wie theoretisch aufschlussreiche Forschungsergebnisse zur Anerkennungstheorie. Dabei werden aber die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Anerkennungsformen wenig analysiert; ohne zusammenfassendes Fazitkapitel stehen die einzelnen Beiträge etwas heterogen nebeneinander. Aus feministischer Perspektive ist zudem kritisch anzumerken, dass die Kategorie Geschlecht als einer wesentlichen Dimension sozialer Ungleichheit nur in wenigen Beiträgen behandelt wird. Für die weitere Debatte schließlich wäre es aufschlussreich, einen Fokus gerade auf die Analyse der wechselseitigen Durchdringung der verschiedenen Anerkennungsformen in und zwischen Erwerbsarbeit, Familie und Wohlfahrtsstaat zu legen.

Christine Wimbauer, Annette Henninger, Markus Gottwald (Hg.), 2007: Die Gesellschaft als „institutionalisierte Anerkennungsordnung“. Anerkennung und Ungleichheit in Paarbeziehungen, Arbeitsorganisation und Sozialstaat. Opladen/Farmingdon Hills: Verlag Barbara Budrich, 192 S., ISBN 13: 978.86649-126-7.

Frigga Haug

Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke

MIRJAM DIERKES

Frigga Haug möchte mit ihrem Buch eine „Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist“ (13) vorlegen. Zentrales Moment dieser Utopie ist die Fokussierung und Bündelung der vier Bereiche, die Haug zufolge das Feld menschlicher Tätigkeiten insgesamt abstecken: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle (Selbst-)Entwicklung und politische Aktivität. Haug ist davon überzeugt, dass es unabdingbar ist, für einen emanzipatorisch ausgerichteten Eingriff in einen der vier Tätigkeitsbereiche jeweils die anderen drei mit in den Blick zu nehmen, denn: „In allen Fällen wird man erfahren, dass jeder Bereich, für sich zum Fokus von Politik gemacht, geradezu reaktionär werden kann“ (23).

Das Volumen menschlicher Tätigkeit in den genannten vier Bereichen fasst Haug als die „gesellschaftliche Gesamtarbeit“ (21). Ist der Begriff der „Arbeit“ auf diese Weise neu definiert und außerdem die Existenz der Einzelnen durch ein Grundeinkommen gesichert, liegt die befreiende Perspektive des vorgeschlagenen Modells laut Haug in einer geschlechtergerechten Reorganisation der jeweils in den verschiedenen Feldern anfallenden und zu verteilenden Aufgaben und Tätigkeiten. Haug entwirft, ausgehend von der Annahme von 16 Stunden aktiv zu füllender Zeit pro Tag, ein schematisches Modell, das jedem Individuum täglich vier Stunden in jedem der vier Bereiche zuweist. Sie räumt zwar ein, dass diese Taktung nicht dogmatisch zu verstehen sei, vielmehr werde man „(...) schnell bemerken, dass die Grenzen nicht fest sind, die Bereiche einander durchdringen und innerlich zusammenhängen“ (21). Eine theoretische Problematisierung dieser gegenseitigen Durchdringung im konkreten (Arbeits-)Subjekt erfolgt jedoch, zumindest im einleitenden Entwurf, nicht. Die Möglichkeit, dass sich die gerade von Frauen erlebten Widersprüche, die sich aus der gegenseitigen Durchkreuzung der vier unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche ergeben, auch vor dem Hintergrund einer (formal) gerechten Neuverteilung nicht restlos auflösen könnten, wird ebenfalls nicht weiter thematisiert, obwohl „Widersprüche“ zum leitenden methodischen und politischen Instrument erklärt werden (9). Die in den einzelnen Texten vorgenommenen Analysen arbeiten sich an diesem Anspruch zwar facettenreich ab – so findet sich beispielweise im Kapitel „Reproduktionsarbeit“ unter dem Titel „Knabenspiele und Menschheitsarbeit“ eine ausführliche ideologie- und herrschaftskritische Auseinandersetzung mit Widersprüchen, die z.B. durch unterschiedliche „Zeitlogiken“ (108) im Bereich der (kapitalistischen) Erwerbsarbeit und der Reproduktionsarbeit begründet sind. Haugs „Utopie“ selbst scheint jedoch als eine weitgehend widerspruchsfreie gedacht, in der die Einzelnen die Arbeit in al-

len vier Bereichen und deren „Schnittmengen“ als ihr menschliches Recht, aber auch ihre „Schuldigkeit“ (21) wahrnehmen und akzeptieren.

Die gesammelten Texte des Bandes spiegeln in ihrer Vielfalt eine bemerkenswerte Bandbreite der Möglichkeiten kritischer Untersuchung von aktuellen sozialen, politischen und kulturellen Schiefen wider. Theoretische Erörterungen werden verknüpft mit kritischen Rückblicken und (Re-)Formulierungen autobiografischer Erfahrung, es finden sich Auseinandersetzungen mit konkreten (partei-)politischen Konzepten, aber auch mit literarischen Texten. Der Band enthält humoristisch-satirische Passagen, beispielsweise in der Auseinandersetzung mit dem neuen „Menschentyp“ der von Peter Hartz entworfenen „Job-Revolution“, und „Experimente“, wie den Aufsatz „Patientin im neoliberalen Krankenhaus“ im Kapitel zur „Reproduktionsarbeit“. Haug gelingt es darin beeindruckend, persönliche Erfahrungen im Rahmen eines Klinikaufenthaltes mit sozialpolitischen Analysen zu einer erhellenen Synthese zusammenzuführen. Auch zur Standard-Lektüre gewordene Texte wie „Frauen – Opfer oder Täter?“ oder „Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus“ sind aufgenommen worden. Als „nachträgliche Fundierung“ der versammelten Texte fungiert am Ende des Buches eine theoretische Konzeptionalisierung der „Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse“ (310). Haug unternimmt in diesem überarbeiteten Text einer früheren Veröffentlichung den Versuch, die von verschiedenen Seiten kritisierte These der „Doppeltheit der gesellschaftlichen Produktion, nämlich einerseits Leben zu produzieren, andererseits Lebensmittel“ (323), erneut zu verteidigen und für eine Theorie der Geschlechterverhältnisse fruchtbar zu machen.

Haug's Vorschlag zur Reorganisation von Arbeit und Leben ist untrennbar eingebunden in den Rahmen einer noch nicht existierenden „guten Gesellschaft“ (74). Beachtung ist aber vor allem ihrem Aufruf zu schenken, auch die „arbeitspolitischen Terrainverschiebungen“ (64) unter aktuellen, realen Bedingungen als Chance zu nutzen, „die wichtigen Fragen in großer Öffentlichkeit zu diskutieren“ (74). Neuere arbeitspolitische Diskurse, wie z.B. die Debatte um eine Ausweitung des Arbeitsbegriffs auf die Hausarbeit oder um das bedingungslose Grundeinkommen, sind allerdings mit all ihren Ambivalenzen zu erfassen: „So werden die Verschiebungen in der Diskussion um die Zukunft der Arbeit (...) keinesfalls naiv als Dimension von Fortschritt betrachtet, den es zu unterstützen und voranzutreiben gälte. Sie sind vielmehr als Zeichen von Unverträglichkeiten zu begreifen, als Versuche, ein lebbares Gleichgewicht unter Beibehaltung der Rahmenverhältnisse zu finden, dabei möglichst viel Widerstand zu vereinnahmen oder präventiv umzulenken in Form einer passiven Revolution“ (66). Haug plädiert dafür, die „Verschiebungen“ sorgfältig zu analysieren, um gegebenenfalls Chancen zu ergreifen, die „Unverträglichkeiten“ im emanzipatorischen Sinne zu überwinden. Diese Perspektive und gerade auch die oftmals aus persönlicher Erfahrung inspirierten Kritikzugänge ermutigen beim Lesen und machen das Buch zu einer empfehlenswerten Lektüre.

Frigga Haug, 2008: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument Verlag, 352 S., ISBN 978-3-88619-336-3.

Karin Zimmermann, Sigrid Metz-Göckel

„Vision und Mission“ – Die Integration von Gender in den Mainstream europäischer Forschung

GABRIELE ABELS

1996 wurde Gender Mainstreaming (GM) als Querschnittsansatz in die EU-Politik eingeführt. Seitdem wurden zahlreiche Studien vorgelegt, welche die Implementation dieses integrativen Gleichstellungskonzepts untersuchen und verdeutlichen, dass zwischen Politikfeldern erhebliche Unterschiede bestehen. Die Wissenschafts- und Technologiepolitik der EU ist in der feministischen Forschung jedoch nicht weiter aufgegriffen worden, obwohl die Generaldirektion Forschung stets eine GM-Vorreiterin war. Diese Lücke wird von Karin Zimmermann und Sigrid Metz-Göckel unter dem Motto „Vision und Mission“ beleuchtet.

GM wird hier als hochgradig expertise-abhängiger Politikmodus interpretiert. Die Autorinnen fragen danach, „welche Bedingungen gegeben sind, damit ein kritisches Geschlechterwissen vor Ort eingebracht werden kann, und wer in den Aushandlungsprozessen darüber verfügt“ (22); dies sei abhängig vom jeweiligen praktischen Anwendungsfeld. Rekurrierend auf das feldtheoretische Konzept von Bourdieu sprechen sie von einem „europäischen Machtraum forschungspolitischer Steuerung“ (26). Dieser Machtraum wird anhand von Interviews mit ProtagonistInnen sowie von einschlägigen Dokumenten in dreierlei Hinsicht rekonstruiert.

Im ersten historisch angelegten Teil zeichnen die Autorinnen im Detail die Praxis im „inneren Aktionsfeld“ des europäischen Mehrebenenraums im Vorfeld des 6. Forschungsrahmenprogramms nach. Sie verdeutlichen die Verbindungslinien, die zwischen forschungs- und gleichstellungspolitischen Zielen insbesondere seit 1999/2000 zusammenlaufen und die führende Rolle der Europäischen Kommission. Eine herausragende Rolle spielen Expertinnennetzwerke – allen voran die Helsinki Group on Women and Science –, die ein umfassendes Genderwissen bereitstellen. Ihre Studien belegen eindrücklich die generelle Unterrepräsentation von Frauen in Wissenschaft und Forschung, v.a. in der industriellen Forschung, die besonderen Probleme in den Beitrittsländern, die Lohnungleichheit, die Mängel nationaler Politiken etc. Herzstück des Steuerungsinstrumentariums ist ein mehrdimensionales Evaluations- und Berichtssystem (Gender Watch System). Das Akteursset wird dabei durch die European Platform on Women Scientists als Lobbyorganisation ergänzt. Im Ergebnis zeigt sich, dass auch in diesem Politikfeld das „samtene Dreieck“ (Woodward), welches sich vertikal wie horizontal manifestiert, „feldangemessen“ ist im Verbund mit einem spezifischen Steuerungsinstrumentarium.

Im zweiten Schritt wird analysiert, welche politischen Handlungsmöglichkeiten bestehen und inwieweit Geschlecht als Evaluations- und Selektionskriterium bei der Bewertung von Forschungsanträgen herangezogen werden kann. Dabei zeigt sich,

dass eine personelle Verknüpfung zwischen Gleichstellungs- und Forschungspolitik entscheidend ist, da das frauenpolitische Engagement allein nicht ausreicht und es in der Brüsseler (Forschungs-)Verwaltung sehr wohl Widerstände gegen ein konsequentes Mainstreaming gibt. Die inhaltliche Dimension zeigt, dass Gender vorrangig dem Themenfeld „Frauen und Wissenschaft“ zugeordnet wird und gerade die als innovativ eingestuften technologischen, natur- und ingenieurwissenschaftlichen Themenbereiche hingegen resistent sind gegenüber der „Gendersache“ (80ff.). Der Politikberatung durch Expertinnen kommt für eine Veränderung eine herausragende Rolle zu, die sie bislang aber nicht zu leisten vermag, wie der dritte Analyseschritt zeigt. Denn sie ist zu sehr auf die wissenschaftlichen Regeln konzentriert und klammert die politischen Spielregeln der Politikberatung aus. Ein zentrales Problem besteht ferner darin, dass der Transformationsgedanke, der sowohl im Gender-Mainstreaming- als auch im Diversity-Konzept steckt, in den Empfehlungen und von der Verwaltung vielfach auf traditionelle Frauenförderung reduziert wird (105).

Es stellt sich die Frage, wo diese Dynamik herrührt, die in der Zielvorstellung der Kommission „Forschung von Frauen, für Frauen und über Frauen“ zum Ausdruck kommt. Verantwortlich hierfür ist nach Meinung der Autorinnen die Lissabon-Agenda für Wachstum und sozialen Zusammenhalt. Der Wissenschafts- und Forschungspolitik wird eine herausragende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zugesprochen. Zwar wird die Partizipation von Frauen in der Wissenschaft auch normativ aufgewertet, „doch steht auf der anderen Seite die forschungsökonomische Instrumentalisierung in der Konkurrenz um die Human-Ressourcen“ (59). Im Ergebnis entsteht ein spannungsreiches Verhältnis (123), denn GM muss einerseits konzeptionell flexibel sein, um erfolgreich mobilisieren zu können (125). Andererseits wird es dabei in betriebswirtschaftliches und Verwaltungshandeln transformiert, wodurch es instrumentalisiert und gezähmt wird.

Zimmermann und Metz-Göckel ist es gelungen, verschiedene Dimensionen der EU-Wissenschafts- und Forschungspolitik aus einer Gender-Perspektive zu erschließen. Sie legen dabei zahlreiche Aspekte dar, an die weitere policy-analytische Studien anschließen können.

Karin Zimmermann, Sigrid Metz-Göckel, 2007: „Vision und Mission“ – Die Integration von Gender in den Mainstream europäischer Forschung. Wiesbaden: VS Verlag, 137 S., ISBN 978-3-531-14954-7.

Christine Färber, Ulrike Spangenberg

Wie werden Professuren besetzt? Chancengleichheit in Berufungsverfahren

HEIKE KAHLERT

Im Zuge der umfänglichen Hochschulreformen in Deutschland sind seit der Jahrtausendwende auch die Berufungsverfahren, die komplizierten und komplexen Auswahlprozesse für wissenschaftliche Führungskräfte, unter Restrukturierungsdruck geraten: Es wird bezweifelt, dass sie der Bestenauswahl dienen, sie gelten als zu ineffektiv, zu ineffizient, zu intransparent und im Ergebnis als hochgradig willkürlich. Auch aus gleichstellungspolitischer Sicht wird Kritik an Berufungsverfahren laut: Der Frauenanteil an den Professuren steigt trotz beträchtlicher Qualifikationszuwächse nur langsam an und lag 2006 bei 15,2%. Dementsprechend müsste den derzeitigen wissenschaftspolitischen Bekenntnissen zur Qualitätsoffensive in Bezug auf die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern auch eine gleichstellungsbezogene Reform der Berufungsverfahren folgen.

Vor diesem Hintergrund nehmen Christine Färber und Ulrike Spangenberg in ihrer informativen und durchweg gut lesbaren empirischen Studie eine „Analyse der praktischen Gestaltung von Gleichstellung in Berufungsverfahren an deutschen Hochschulen“ vor und identifizieren „Handlungsmöglichkeiten zur Förderung der Berufung von Frauen“ (9), die an die verschiedenen Akteursebenen des Bundes, der Länder und der Hochschulen adressiert sind.

Ihre empirische Untersuchung besteht aus zwei Teilen, die einem Überblick über die aktuellen Diskussionen zur Chancengleichheit in Berufungsverfahren (Kap. 1) folgen. Die qualitative Interviewstudie basiert auf Expertinnen- und Experteninterviews mit zehn Berufungskommissionsvorsitzenden, 13 Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten sowie mit 15 Bewerberinnen und fünf Bewerbern auf Professuren (Kap. 2). Im Zentrum der anschaulichen Interviewauswertungen stehen persönliche Erfahrungen mit Berufungsverfahren, Einschätzungen wichtiger Reformaspekte, die Verfahrensdauer, die Ausschreibung, Hochschulstrukturplanungsprozesse in Bezug auf die Besetzung von Professuren, Verbindlichkeit der Kriterien, die Praxis gezielter Ansprachen und Verfahren ohne Ausschreibung, die Zusammensetzung der Berufungskommission, externe Kommissionsmitglieder und Gutachten, die Transparenz, Information und Kommunikation, die inhaltliche Gestaltung der Auswahlkriterien und die Relevanz von Gender. Dabei zeigt sich, dass immer noch informelle Netzwerke für den Berufungserfolg entscheidend sind, die nach wie vor männlich dominiert sind. Diesen umfangreichen Teil abschließend werden Aspekte eines gleichstellungsorientierten Berufungsmanagements formuliert.

Der zweite empirische Teil präsentiert die Ergebnisse einer Dokumentenanalyse zu Verfahrensregelungen für Berufungen an deutschen Hochschulen. Intendiert war

eine Vollerhebung, faktisch gaben jedoch nur 150 Hochschulen Rückmeldungen beispielsweise zu Berufungsrichtlinien, Grundordnungen und Frauenförderrichtlinien (Kap. 3). Hier werden die Regelung des Berufungsverfahrens auf Bundes- und Landesebene sowie hochschulinterne Verfahrensregelungen ausgewertet sowie die hochschulinternen Rechtsgrundlagen und Verfahrensregelungen nach Bundesländern geordnet und ausgesprochen kenntnisreich dargestellt. Ergänzend stehen zu diesem Punkt auf der Verlagshomepage länder- und hochschulvergleichende Synopsen zu den sehr unterschiedlichen Ergebnissen zum Download bereit.

Das Fazit zur gleichstellungsorientierten Gestaltung von Berufungsverfahren macht „Defizite“ und „sehr gute Ansatzpunkte für eine Reform, die Chancengleichheit gewährleistet“ (357), aus. Diese münden in Handlungsempfehlungen, um die Berufungsverfahren für alle Beteiligten „besser und im Ergebnis diskriminierungsfrei und damit gerechter zu gestalten“ (377). Leitfäden und Checklisten für Berufungsverfahren und ihr Management sowie gleichstellungsorientierte Anforderungen an Bewerbungsunterlagen schließen die Studie in handlungspraktischer Absicht ab (Kap. 4). Mit der breiten, Ziel führenden Anlage des Forschungsdesigns leistet die Studie einen handlungsorientierten, die Politik auf mehreren Ebenen beratenden Beitrag, um die bestehende Forschungslücke hinsichtlich der Praxis von Berufungsverfahren zu schließen. Mit dieser Anlage erreicht sie zugleich einen umfassenden Kreis von Adressatinnen und Adressaten: Gleichermaßen angesprochen werden die wissenschafts-, hochschul- und gleichstellungspolitisch Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen Bund, Länder und Hochschulen und die praktisch in Berufungsverfahren Handelnden wie Kommissionsvorsitzende, Kommissionsmitglieder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie Bewerberinnen und Bewerber. In der Tat erhellt das Buch die „Black Box Berufungsverfahren“ (7) – wohl nicht nur für Bewerberinnen und Bewerber. Zu wünschen bleibt abschließend, dass die Studie nicht nur viele Leserinnen und Leser erreicht, sondern auch politische Konsequenzen zur Umgestaltung von Berufungsverfahren in gleichstellungsbezogener Hinsicht zur Folge hat.

Christine Färber/Ulrike Spangenberg, 2008: *Wie werden Professuren besetzt? Chancengleichheit in Berufungsverfahren*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag, 398 S., ISBN 978-3-593-38584-6.

Silke Birgitta Gahleitner, Hans-Joachim Lenz (Hg.)

Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtersensible Analysen und Perspektiven

LYDIA SCHAMBACH-HARDTKE

Die Auseinandersetzung mit den geschlechtsspezifischen Aspekten von Gewalt hat in der Wissenschaft bisher kaum stattgefunden. War es doch bereits eine gesellschaftliche Herausforderung, als in den 1970er Jahren durch die Frauenbewegung die „Gewalt gegen Frauen“ thematisiert sowie der sexuelle Missbrauch an Mädchen als ein gesellschaftlich zu verantwortendes Problem aufgedeckt wurden. Mit dieser nun in der Öffentlichkeit geführten Diskussion fand jedoch eine Wahrnehmungsfixierung auf Mädchen und Frauen als Opfer statt, die Gewalterfahrungen von Jungen und Männern sowie der sexuelle Missbrauch an Jungen wurde weiterhin lange Jahre ausgeblendet.

Während der Enttabuisierung des Themas unterblieb bisher das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden zwischen missbrauchten Mädchen und Jungen. Es fehlte eine beide Geschlechter integrierende Perspektive.

Der von Silke Birgitta Gahleitner und Hans-Joachim Lenz herausgegebene Sammelband „Gewalt und Geschlechterverhältnis“, geht auf, eine Fachtagung zurück, die 2005 an der Evangelischen Fachhochschule in Ludwigshafen stattfand, und vereint Analysen über geschlechtsspezifische Gewalt- und Machtverhältnisse. Das eigentlich Spannende an diesem Buch ist der Perspektivwechsel, den die Autorinnen und Autoren vollziehen. Sie verlassen den gewohnten Weg der Polarisierung, der stets zu einer einseitigen Betrachtungsweise von Frauen als Opfer und Männer als Täter geführt hatte, und durchbrechen die vertraute Zuordnung geschlechtlicher Verhaltensmuster in gewaltförmigen Konflikten und Strukturen. Kritisch werden in diesem Band die Gewalt- und Machtverhältnisse geschlechterdifferenziert und disziplinenübergreifend analysiert. Dabei sind es die Erfahrungsberichte betroffener Frauen und Männer sowie von Fachkräften aus der Praxis, die den Diskurs „Gewaltphänomene im Geschlechterverhältnis“ um wichtige Aspekte erweitern und somit ein Bindeglied zwischen Theorie und Praxis schaffen.

Mit den beiden „Einstiegsartikeln“ zum Thema Gewalt und Geschlechterverhältnis sind es die „weibliche“ Sicht der Herausgeberin und die „männliche“ Sicht des Herausgebers, mit denen zunächst auf die geschlechtsspezifischen Gewaltformen eingegangen wird.

Lenz kritisiert in seinem Beitrag die in unserer Gesellschaft geringe Aufmerksamkeit gegenüber männlichen Gewalterfahrungen. Seine Definition von Gewalt und Opfer stellt er in Bezug zum tradierten Verständnis von Männlichkeit. Männer können sich mit der Kategorie Gewalt eher identifizieren als mit der des Opferstatus. Diese Vorbehalte gegenüber dem unmännlich besetzten Terminus „Opfer“ und dem als dem

Mann negativ zugeordneten Terminus „Gewalt“ sollen durchbrochen werden. Es ist Aufgabe der Forschung, so der Autor, das Thema Gewalt und Geschlecht mit männlichen Gewalterfahrungen zu komplettieren. Da in seinen Ausführungen die einzelnen Themenbereiche etwas unsystematisch aneinandergereiht sind, lässt der Artikel jedoch den inhaltlichen Zusammenhang vermissen.

Gahleitner geht in ihrem Beitrag zunächst auf die (Ohn)Machts- und Gewalterfahrungen von Frauen ein und konkretisiert die Thematik aus der weiblichen Perspektive. Auf der Grundlage aktueller, jedoch nicht sehr umfassender Daten, dokumentiert sie Umfang, Folgeerscheinungen und Ursachen des gesellschaftlichen Phänomens Gewalt gegen Frauen. Eine Analyse, welche Rolle das Geschlecht bei der Ausübung von Gewalthandlungen spielt, muss ihrer Meinung nach stets den Einfluss gesellschaftlicher Zuschreibungen auf die Geschlechter mit reflektieren. Daher diskutiert die Autorin in einem weiteren Artikel den Umgang mit erfahrener Gewalt aus weiblicher und aus männlicher Sicht. Auf der Basis empirischer Befunde konkretisiert sie, welche Gemeinsamkeiten bzw. Übereinstimmungen im Bewältigungsprozess sexueller Gewalterfahrungen bei Mädchen und Jungen existieren. Im abschließenden Vergleich zeigt sie auf, dass es im Prozess der Verarbeitung sexueller Gewalt einerseits zu einer Geschlechtsrollenextremisierung und andererseits zu einer Geschlechtsrollenüberschreitung kommt. Letztere wirkt sich salutogenetisch auf den Bewältigungsprozess aus und wurde in bisheriger Forschung nicht in dieser Form reflektiert. Für die Praxis und Theoriebildung hat dieses Phänomen jedoch große Bedeutung. In dem sich anschließenden theoretisch orientierten Teil beschäftigen sich *Claudia Enders-Götzelmann* und *Arnd Götzelmann* mit der Frage, welche verfestigten Gewaltmuster aus der christlich-jüdischen Tradition erwachsen sind und welche Einflüsse heutzutage auf das Geschlechterverhältnis spürbar sind. Ihre Bibelrezeption lässt sie zu dem Ergebnis kommen, dass Frauen aus Gründen der Durchsetzung religiöser Ideologien häufig Gewalt erfuhren, aber auch Männer zu Opfern wurden, wenn auch meist ihres eigenen Geschlechts. In ihrem anschaulich verfassten Artikel vergegenwärtigt *Antje Reinhard*, wie die Ästhetik des Performativen das Körperwissen von Gewaltszenarien dekonstruiert, wie die ästhetische Praxis grenzüberschreitend zur Kompetenzerweiterung der Betroffenen führt und „in den an ihr Beteiligten Verwandlungsdynamiken auslöst“ (112). Die Qualität der ästhetischen Praxis liegt darin, den Zugriff auf das Körpergedächtnis zu ermöglichen, um die Grenzen des dort Gespeicherten zu erweitern. *Wolfgang Krieger* greift das Thema Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen auf und fragt, ob eine Geschlechtsspezifität bei der Entstehung und Verfestigung von Gewalt erkennbar ist. Der Autor belegt, dass die Gewaltbereitschaft bei weiblichen Jugendlichen in den letzten Jahren zugenommen hat, zeigt aber gleichzeitig auf, wie sich die Erscheinungsformen in der praktizierten Gewalt unterscheiden. Seine geschlechterspezifische Herangehensweise liefert für die Jugendhilfe sicherlich eine Quelle an Interventionsmöglichkeiten.

Den ersten Beitrag zum praxisorientierten Teil liefern *Eva Schaab*, *Barbara Kohlstruck* und *Petra Vollweiler-Freyer*. Sie berichten über die in ihrer Arbeit gewonnenen

Erfahrungen bezüglich Menschenhandel und Frauenprostitution, über die Situation der Frauen und wie begrenzt die Unterstützungsmaßnahmen in den Beratungsstellen sind. Den interkulturellen Bezug entwickelt *Collin Schubert* in ihrem Beitrag über islamische Migrantenfamilien. Sie analysiert den Einfluss des Ehrbegriffs des Islams auf die geschlechtsspezifische Erziehung und fragt nach den Patriarchats- und Machtstrukturen, die ein System stützen, in dem Mädchen und Frauen im Namen der Ehre die von Männern ausgeübte Gewalt zu ertragen haben. Vor dem Hintergrund ihrer Arbeit als Mediatorin thematisiert *Annette Heinemeyer* das Problem Gewalt in Schulen. Sie berichtet von Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Mädchen und Jungen im Umgang mit Gewalt, die sie in ihrer präventiven Projektarbeit zu berücksichtigen versucht. *Barbara Ingenberg* beschreibt ihren Arbeitsalltag in einer Schweizer Opferberatungsstelle für gewaltbetroffene Jungen und Männer. Fallbeispiele zeigen, dass die Betroffenen mehrheitlich Gewalt durch andere Männer, aber auch durch Frauen erfahren haben und geben Einblick in die Problematik. Um sexuelle Gewalterfahrungen geht es bei *Christoph Bösch* bei der Beschreibung von Arbeitsinhalten der Beratungsstelle Wendepunkt e.V. und hier speziell um männer-spezifische Ansätze der Beratung. Gewalttaten aus dem Bereich der Familie nehmen *Ilona Oestereich* und *Friederike Kendel* ins Visier und schreiben in einem lesenswerten Artikel über zwei spezielle Formen von Kindesmisshandlungen durch Mütter: das Münchhausen-by-proxy-Syndrom (MBP) und den sexuellen Missbrauch. Sie benennen Fakten, die sie jedoch, so ihre Forderung, durch weitere Forschung und eine genauere Analyse der Umstände komplettiert sehen möchten. Nur so ließen sich derartige Gewaltstrukturen verändern.

Der forschungsorientierte Teil dieses Bandes wird von *Ursula Hartmann-Graham* mit dem Thema Frauenhausarbeit in Rheinland-Pfalz eingeleitet. Sie skizziert die Entstehungsgeschichte und fordert, aufgrund der aktuellen Situation den Betroffenen mehr Hilfe und Unterstützung zur Verfügung zu stellen. *Constance Ohms* thematisiert in ihrem Beitrag die häusliche Gewalt. Die von ihr analysierten Gemeinsamkeiten sowohl in gleichgeschlechtlichen als auch in heterosexuellen Partnerschaften zeigen, dass bisher geltende Erklärungsmodelle zur Gewalt im Geschlechterverhältnis erweitert werden müssen.

Die Beiträge in diesem Buch bieten informative Aussagen zum Thema Geschlecht und Gewalt, die auch für die Praxis wertvolle Erkenntnisse liefern.

Silke Birgitta Gahleitner, Hans-Joachim Lenz (Hg.), 2007: Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtersensible Analysen und Perspektiven. Weinheim, München: Juventa Verlag, 260 S., ISBN 978-3-7799-1378-8.

Elisabeth Rohr, Ulrike Wagner-Rau, Mechthild Jansen (Hg.)

Die halbierte Emanzipation? Fundamentalismen und Geschlecht

CLAUDIA BRUNNER

Von einer „halbierten Moderne“ sprach der Politologe Bassam Tibi, um zum Ausdruck zu bringen, dass fundamentalistische Entwicklungen in der islamischen Welt zwischen Moderne und Antimoderne situiert seien. Die Halbierung wird von Tibi an einer von ihm konstatierten Integration von technischen Errungenschaften einerseits und einer Ablehnung einer so genannten kulturellen Moderne andererseits festgemacht. Die Herausgeberinnen und Autorinnen des hier diskutierten Sammelbandes machen diesen Gedanken der Halbierung an der Rolle von Geschlechterverhältnissen in fundamentalistischen Bewegungen im Allgemeinen fest und erweitern den Blick jenseits des Tellerrandes, der von einer ebenso weit verzweigten wie diffusen „Islamdebatte“ markiert ist, und beziehen auch in Christentum und Judentum verortete fundamentalistische Strömungen in das Spektrum der Diskussion mit ein. Ausgehend von der These Martin Riesebrodts, dass Patriarchalismus ein transkulturelles, wenn nicht gar universales Definitionsmerkmal von Fundamentalismen sei, stellt *Ulrike Wagner-Rau* an unterschiedlichen Beispielen fest, dass eine „wesensmäßige Konstruktion der Geschlechteridentitäten“ (13) einen zentralen Bestandteil fundamentalistischer Bewegungen bildet. Elf Wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen haben sich in disziplinär heterogenen Aufsätzen auf die Suche nach Zusammenhängen zwischen „Fundamentalismus“ und „Geschlecht“ gegeben. Der einführenden „Suche nach einem Fundament“ (Wagner-Rau) in Christentum, Judentum und Islam folgen zehn Plädoyers für ein genaueres Hinsehen nicht nur auf fundamentalistische Bewegungen im arabischen Raum, in Nord- und Südamerika sowie in Deutschland, sondern vor allem auf die von den Autorinnen nur bedingt als feministisch eingeschätzten Versuche von Frauen, diese Entwicklungen „von innen“ zu kritisieren bzw. für Frauenpolitik nutzbar zu machen.

Etwa die Hälfte aller Beiträge fokussiert in der einen oder anderen Weise auf islamische Bewegungen innerhalb Europas und in der islamischen Welt. Einer der überzeugendsten ist der Aufsatz von *Renate Kreile*, die ihre „Überlegungen zum moralpolitischen Projekt fundamentalistischer Bewegungen“ (81) im arabischen Raum nicht nur in regional begrenzte, sondern auch in global zu verortende soziale und historische Kämpfe einbettet und dementsprechend als potenziell wandelbare diskutiert. Einen ebenfalls spannenden Einblick in die noch junge Debatte feministischer Muslima in Deutschland gibt *Gritt Klinkhammer* mit einem Fokus auf die „Islamisierung der Frauen und die De-Patriarchalisierung des Geschlechterverhältnisses“ (113). Sie tut dies insbesondere am Beispiel des Zentrums für islamische Frauenforschung (ZIF) in Köln, das vor wenigen Jahren eine spannende feministische Herme-

neutik des Korans publiziert hat. Die Leiterin des ebenfalls in Köln ansässigen Instituts für Interreligiöse Pädagogik und Didaktik (IPD) *Rabeya Müller* erläutert einige Herausforderungen für „Muslimische Frauen im Spannungsfeld von patriarchalen Strukturen und religiösem Bewusstsein“ (161) und plädiert für eine zunehmende Wahrnehmung von unterschiedlichen Ausgangssituationen muslimischer Frauen und für die fortwährende Diskussion von bereits erarbeitetem Wissen über diese und von diesen. Cultural Studies und Postkoloniale Theorie werden insbesondere im Beitrag von *Nausikaa Schirilla* mit sozialpädagogischer Praxis in migrantischem Kontext und mit Migrationsforschung konfrontiert. Unter dem Titel „Geht auch anders. Postkoloniale weibliche muslimische Identitäten in der Migration“ (145) wird vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch in islamisch fundierten Identitätsentwürfen von Frauen emanzipatives Potenzial anzuerkennen. Eine im Vergleich zu den anderen Beiträgen eher diskursanalytisch orientierte Betrachtung von Konstruktionen von Geschlecht in medialen (Selbst-)Inszenierungen palästinensischer Selbstmordattentäterinnen unternimmt *Sabine Damir-Geilsdorf*.

Die „andere“, weil entgegen einem diskursiv weit verbreiteten „common sense“ weniger erwartete, Hälfte des Bandes widmet sich evangelisch, katholisch und jüdisch markierten Fundamentalismen in Europa sowie in den USA und in Ecuador. Auch unter diesen Beiträgen schwankt die Qualität zwischen den unterschiedlichen Perspektivierungen, und theoretisch wie empirisch fokussierte Texte wechseln einander ab. *Ulrike Prokop* versucht einen im Prinzip interessanten, theoretisch aber leider kaum ausgearbeiteten Spagat zwischen Rechtsradikalismus und Fundamentalismus. Auf der Basis von drei Fallgeschichten aus einem Forschungsprojekt in Ecuador trifft *Elisabeth Rohr* in „Fundamentalismus als subjektive Konfliktlösung“ (45) allzu weit reichende Verallgemeinerungen über protestantischen Fundamentalismus in Lateinamerika. Ebenfalls mit Fallbeispielen arbeitet *Susanna Keval* in ihrem Beitrag über Frauen im orthodoxen Judentum, nimmt diese zum Ausgangspunkt für ein Plädoyer der Vielfältigkeit fundamentalistischer Strömungen im Judentum und konstatiert ein Forschungsdesiderat in Bezug auf gegenwärtige Entwicklungen im Gegensatz zu vorhandenen biblischen und talmudischen Studien. Aus politologischer Perspektive am fruchtbarsten sind in dieser „nicht islamisch markierten“ Hälfte des Buches die beiden Beiträge zu protestantisch-evangelikalem Fundamentalismus generell (*Katharina Liebsch*) sowie zu dessen konstitutiver Funktion für das politische System der USA (*Gret Haller*), weil mit ihnen über eine konzeptionelle Auslassung nicht nur des Sammelbandes, sondern einer gegenwärtig vielerorts geführten Fundamentalismusdebatte nachgedacht werden kann:

Dass symbolische wie reale Geschlechterordnungen ein Dreh- und Angelpunkt jeglicher politischer, religiöser und kultureller Disziplinierungsversuche sind, ist Konsens der Beiträge und steht außer Frage. Diskussionswürdig erscheint angesichts globaler asymmetrischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Geschichte und Gegenwart aber, inwiefern etwa ein US-amerikanischer, protestantischer Fundamentalismus mit sozialen Bewegungen im arabischen Raum überhaupt verglichen werden kann, ohne

die strukturellen Faktoren und globalen historischen Prozesse dieser Asymmetrie in die Konzeption eines Vergleichs zu integrieren. Diese vor allem konzeptionelle Frage bleibt – wie dies im Rahmen einer Konferenzpublikation zumeist der Fall ist – unbeantwortet. Schließlich muss gerade aus feministischer Perspektive auch weiter, umfangreicher, detaillierter und vor allem selbstkritischer der Frage nachgegangen werden, inwiefern nur die Emanzipation der jeweils „anderen Frauen“ eine halbierte ist, worin genau die „andere Hälfte“ besteht und inwiefern „unsere“ Emanzipation tatsächlich komplett ist. Andernfalls läuft eine feministische Analyse von (insbesondere als islamisch definierten und mit diesem Label oft ungerechtfertigt als pars pro toto verhandelten) Fundamentalismen Gefahr, sich als „embedded feminism“ (Hunt) in den Dienst konservativer, globale Asymmetrien intensivierender Politiken zu stellen oder von diesen vereinnahmen zu lassen. Patriarchatskritik nicht kulturalistisch zu vereindeutigen, sondern in ihren je spezifischen Ausformungen zu kritisieren sowie Interdependenzen und globale Asymmetrien in die Analyse zu integrieren, bleibt eine Herausforderung gegenwärtiger feministischer Kritik. Einzelne Anregungen dafür können in diesem Band ebenso gefunden werden wie Beispiele, die eine solche Perspektivierung nicht erkennen lassen.

Elisabeth Rohr, Ulrike Wagner-Rau, Mechthild M. Jansen (Hg.), 2007: Die halbierte Emanzipation? Fundamentalismus und Geschlecht. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, 221 S., ISBN 3-89741-235-4.

Marion Stadlober-Degwerth

(Un)Heimliche Niederkunften. Geburtshilfe zwischen Hebammenkunst und medizinischer Wissenschaft

BETTINA KREMBERG

Die zentrale Frage des Buches über Geburtshilfe zwischen Hebammenkunst und medizinischer Wissenschaft ist, warum sich – sogar im Bereich des Geburtlichen als genuin weiblichem Bereich – das theoretische Wissen weniger akademischer Männer über das lang erfolgreich tradierte weibliche Erfahrungswissen erheben konnte. Am Beispiel der Regensburger Gebäranstalt am Sinngrün analysiert Stadlober-Degwerth im mikrohistorischen Vergleich mit der beruflichen Stellung der Stadthebammen, die lange Zeit eigenständig private Kindbettstuben führten, das Verhältnis von öffentlichen und privaten Gebärdorten und deren arbeitsweltliche Umfelder und soziale Konsequenzen. Am Herzen liegen der Autorin dabei vor allem die Macht- und Herrschaftsstrukturen sowohl auf der städtischen Verwaltungsebene als auch in puncto Wissenstransfer innerhalb der medizinischen Berufsgruppen.

Das Buch von Marion Stadlober-Degwerth ist ein Buch, das mit seiner Themenstellung einmal mehr die Verobjektivierung des weiblichen Körpers bearbeitet und in ihren Auswirkungen bis in die heutige Zeit zeigt. Es gibt damit aus regionalgeschichtlicher und mikroethnologischer Sicht Material für die Untermauerung ethisch-philosophischer und politischer Debatten, wie sie nicht erst seit den letzten beiden Jahrzehnten im Anschluss an die feministischen und Frauenforschungsdebatten geführt werden. Das tut Not. Das tut gut – angesichts des tendenziellen Abwanderns dieser Debatte in wissenschaftliche Spezialdiskurse ohne Anschlussfähigkeit an lebensweltliche Erfahrungen einerseits und einer allgemein beobachtbaren Gelähmtheit und dem Rückfall in konservative Lebensanschauungen andererseits.

Eindringlich, aber zugleich mit sachlicher Festigkeit argumentiert dahingegen die Autorin des Buches offen gegen eine „Verwaltung des weiblichen Körpers“, z.B. durch ungewollte Medikalisierung von schwangeren Frauen und gegen eine „Inventarisierung des Menschen“ überhaupt. Diese aber war nirgendwo leichter durchführbar als in den Gebäranstalten des 18. und 19. Jahrhunderts. Dort nämlich bekamen vor allem die unteren Schichten der Bevölkerung ihre Kinder, wenn sie nicht vor, während oder kurz nach der Geburt an schlechter Versorgung oder mangelnder Hygiene bereits starben. Eine Hygienisierung der Geburtsanstalten stand nämlich noch lange aus. Aus dieser hohen Mortalitätsrate in den frühen Gebäranstalten legitimierte sich jedoch als willkommene Gelegenheit des medizinischen Forscherdranges eine umfangreiche Anfertigung und Sammlung von Präparaten für Schau- und Lehrsammlungen unter dem Deckmantel der Wissenschaft, so die Autorin. Den geschichtlichen Rahmen bildet also der akademische Aufstieg der Bader, Wundärzte und Chirurgen in Europa, mit der die Geburtshilfe zur „höheren Entbindungskunst“ aus der weiblichen

Arbeitswelt herausgelöst und dem männlich dominierten medizinischen Fächerkanon einverleibt wurde.

Doch nicht so sehr die schlimmen medizinischen Umstände oder ihre Ausnutzung für Forschungszwecke an sich, sondern vielmehr die arbeitsweltlichen und Berufsprofile bildenden Hintergründe vor allem vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert hinein bilden den Fokus der Untersuchung. An den Veränderungen der Arbeitswelt lassen sich nämlich die strukturellen Hintergründe für die sich differenzierende Entwicklung der unterschiedlichen Berufsprofilierung aufzeigen. Während die Männer vor allem auch aufgrund ihrer neuen technischen Gerätschaften, die sie erfanden und einsetzten, ihres akademischen Grades und eines professionalisierten Habitus einen neuen Berufsstand, den Hebarzt, mit entsprechender Besoldung gründeten, verlor die Hebamme – im Vergleich zu diesen – im Laufe des 19. Jahrhunderts an Bedeutung und Ansehen, was sich im Übrigen auch finanziell ausdrückte. In diesem Prozess der Veränderung, das heißt Spaltung von Arbeitswelten, wurde das weibliche Praxis-Wissen, da es nicht, wie das der Theoretiker, schriftlich fixiert wurde, weil es mündlich von der „Lehrfrau“ an die „Lehrtochter“ übertragen wurde. Und von letzteren gab es im Zuge der neuen Anstalten zunehmend weniger.

Ein weiteres Verdienst der Untersuchung über die veränderten Gebärdpraxen und ihre Professionalisierung – neben der kritischen Sichtweise auf die (noch immer) männlich dominierte Berufswelt – ist es, dass sich die Autorin verpflichtet fühlt, auf diese Weise den Stummen in der Geschichte zur Sprache zu verhelfen. Diesem Anliegen werden auch die Methoden gerecht. Stadlober-Degwerth stützt sich z.B. methodisch vor allem auf Clifford Geertz' Theorie der dichten Beschreibung, Michel Foucaults Beschreibungen der Verdrängung heilkundlicher Praktiken und des Medikalierungsprozesses und Carlo Ginzburgs mikrogeschichtliches Paradigma. Einbezogen werden auch neueste Ansätze zum Professionalisierungsdiskurs und zur historischen Theorie der Berufe, d.h. z.B. solche Theoreme wie „professioneller Habitus“, „akademische Freiheit“, „ehrenhaftes Verhalten“ und solche pejorativen Begriffe wie „Halbwissende“, „Subprofessionelle“ usw. zur Kennzeichnung und Abwertung des praktischen Wissens. Auch die Nutzung der Quellen ist wohl durchdacht, soll es doch eine Reminiszenz an die einfachen Menschen der Vergangenheit sein, die für ein breiteres Publikum als das nur akademische diese Leute wieder ans Licht holt und zu Würden kommen lässt. Die Studie nutzt deshalb umfangreiche Quellen: Regierungs-, Polizei- und Bauordnungsamtsakten, Familienbögen, Kirchenregister und medizinische Akten. Diese jedoch sind geschmeidig in den Textfluss eingebaut oder als Graphik aufbereitet, so dass das gesamte Buch sehr lesefreundlich daherkommt.

Neben dem Erwerb eines umfangreichen Wissens, das in diesem Buch eingefangen und gut aufbereitet ist, gibt es für den/die Leser/in einen weiteren wichtigen Grund, dieses Buch ausgerechnet jetzt zu lesen: In der Nachzeichnung der individuellen Strategien und Motivationen des politischen Engagements, des Protestes und des Widerstandes der beiden Berufsgruppen ist es unkompliziert möglich, Analogien zu Erfahrungen innerhalb des eigenen Berufslebens zu ziehen und aus den individuellen

Strategien der historischen Akteure auch noch heute zu lernen. Ähnliche arbeitsweltliche Differenzierungsstrategien fanden und finden noch immer z.B. im Bereich der Psychologie statt, wo enorme Gelder in neurophysiologische Apparaturen oder pharmazeutische Forschung und (männliches) Personal gesteckt werden, wohingegen im Vergleich mit diesen z.B. die gesprächs- und erfahrungsorientierte Psychologie und Psychotherapie als vermeintlich „weibliche“ Verstehens- und Erziehungskompetenz zunehmend gesellschaftlich und ökonomisch marginalisiert wird.

Ein ins Praktische zu wendendes Wissen tut also gut und Not angesichts weit verbreiteter oft bloß formeller Gleichstellungspraktiken in der gegenwärtigen Wissenschaft und Gesellschaft. Wenngleich also im Buch das gescheiterte Engagement der Hebammen gegenüber den Hebärzten beschrieben wird, so sollte dies doch Motivation geben, die angewendeten Macht- und Herrschaftsstrategien der Männer noch tiefer zu durchdringen, um Gegenstrategien zu entwickeln, die ihnen im gegenwärtigen Berufsleben hin und wieder zumindest einen Riegel vorschieben. Denn technisches Know-how ohne entsprechende soziale Kompetenz macht das menschliche Leben auf Dauer weder besser noch sinnvoller.

Marion Stadlober-Degwerth, 2008: (Un)Heimliche Niederkuntfen. Geburtshilfe zwischen Hebammenkunst und medizinischer Wissenschaft. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 385 S., ISBN: 978-4-412-20093-0.

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Brabandt, Heike/Roß, Bettina/Zwingel, Susanne (Hg.), 2008: Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze. Wiesbaden, VS Verlag.

Carreiras, Helena/Kümmel, Gerhard (Hg.), 2008: Women in the Military and in Armed Conflict. Wiesbaden, VS Verlag.

Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hg.), 2008: Medien - Politik - Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden, VS Verlag.

Fleschenberg, Andrea/Derichs, Claudia (Hg.), 2008: Handbuch Spitzenpolitikerinnen. Wiesbaden, VS Verlag.

Gerhard, Ute/Wischermann, Ulla (Hg.), 2008: Klassikerinnen feministischer Theorie. Königstein im Taunus, Ulrike Helmer Verlag.

gig-Net 2008: Gewalt im Geschlechterverhältnis. Erkenntnisse und Konsequenzen für Politik, Wissenschaft und soziale Praxis. Opladen, Barbara Budrich Verlag.

Haffner, Yvonne/Krais, Beate (Hg.), 2008: Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern. Frankfurt/M., New York, Campus Verlag.

Hämmerle, Christa/Langreiter, Nikola/Lanzinger, Margareth/Saurer, Edith (Hg.), 2008: Gender Politics in Central Asia: Historical Perspectives and Current Living Conditions of Women (Reihe: L'Homme Schriften, Bd. 18). Wien, Böhlau Verlag.

Hellmann-Rajanayagam, Dagmar/Fleschenberg, Andrea (Hg.), 2008: Goddesses, Heroes, Sacrifices. Female Political Power in Asia (Reihe: Southeast Asian Modernities; Bd. 8). Münster et al., LIT-Verlag.

Iwanaga, Kazuki (Hg.), 2008: Women's political participation and representation in Asia. Obstacles and Challenges (Reihe: Women and Politics in Asia). Kopenhagen, NIAS Press.

Kausch, Stefan 2008: Die Regierung der Geschlechterordnung. Gender Mainstreaming als Programm zeitgenössischer Gouvernementalität. Königstein im Taunus, Ulrike Helmer Verlag.

Kerner, Ina, 2008: Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus. Frankfurt/M., New York, Campus Verlag.

Maier, Friederike/**Fiedler**, **Angela** (Hg.), 2008: Verfestigte Schief lagen. Ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis. Berlin, edition sigma.

Marburger Gender-Kolleg (Hg.), 2008: Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen. Münster, Westfälisches Dampfboot.

Ritter, Martina 2008: Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden, VS Verlag.

Wetterer, Angelika (Hg.), 2008: Geschlechterwissen und soziale Praxis. Theoretische Zugänge – empirische Erträge. Königstein im Taunus, Ulrike Helmer Verlag.

TAGUNGSBEOBACHTUNGEN

Zwischen Anerkennung und Marginalisierung: Gleichstellungspolitik in Zeiten von Exzellenz und Globalisierung

Tagung vom 25. bis 26. April 2008 in Bielefeld

DAGMAR VINZ

Die Tagung „Zwischen Anerkennung und Marginalisierung: Gleichstellungspolitik in Zeiten von Exzellenz und Globalisierung“ an der Universität Bielefeld, veranstaltet vom Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF), hat WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus der gleichstellungspolitischen Praxis zusammengeführt. Im Zentrum stand dabei die Analyse von Gleichstellungspolitik in Organisationen, die Rolle des Antidiskriminierungsgesetzes und die Relevanz von „Managing Diversity“ für die gleichstellungspolitische Praxis.

Im universitären Kontext haben die Anforderungen an Exzellenz für Hochschulen, so ein Konsens, zu einer Aufwertung von Gleichstellungspolitik geführt. Im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs des Bundes und der Länder zur Auszeichnung von sogenannten Elite-Universitäten ist das deutsche Hochschulwesen durch den internationalen Vergleichsmaßstab bei der Evaluierung massiv unter Druck geraten. Wie Katrin Zimmermann (TU Dortmund) in ihrer geschlechtersoziologischen Analyse des aktuellen Exzellenzdiskurses in Wissenschaft und Politik vermittelt, können sich im globalen Wettbewerb zwischen Universitäten Standorte und Fächer mit ungebrochener Männerdominanz nicht unhinterfragt behaupten. Dementsprechend begründet auch Hans-Jürgen Sinn (Universität Bielefeld) in seinem Beitrag, warum Exzellenz und Gleichstellung keinen Widerspruch darstellen. Zwar sei keine durchgängig positive Korrelation zwischen hohen Frauenanteilen und Erfolgen im Exzellenzwettbewerb nachweisbar. Unstrittig sei jedoch die Notwendigkeit für Universitäten, die Potenziale von Frauen stärker zu nutzen.

Bewegt sich Gleichstellungspolitik, dem Titel der Tagung folgend, im Spannungsfeld zwischen Anerkennung und Marginalisierung, so verweist der Beitrag von Clarissa Rudolph (Philipps-Universität Marburg) über Handlungsoptionen kommunaler Frauenpolitik im Feld der Arbeitsmarktpolitik eher auf den Pol der Marginalisierung. Mit dem Slogan „Gender nur für gute Zeiten?“ verweist Rudolph darauf, dass Handlungsoptionen kommunaler Frauenpolitik wenig institutionalisiert sind und stark von der Verwaltungsleitung und der Person der Gleichstellungsbeauftragten abhängen. So finde sich beispielsweise bei der Umsetzung des SGB II (Hartz IV) durch die

Arbeitsgemeinschaften Grundsicherung (ARGEn) und Optionskommunen wenig „Gendering“.

Zusammenfassend scheint es an den Universitäten einen positiven Schub in Richtung Gleichstellung zu geben, in der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für EmpfängerInnen von Hartz IV, jedoch nicht. Eine Frage, die sich im Anschluss an die Konferenz stellt, könnte demnach sein: Funktioniert Gleichstellungspolitik daher in Zeiten der Globalisierung für die „Exzellenten“, aber nicht für die „Marginalisierten“?

Die Berichte aus der gleichstellungspolitischen Praxis waren hingegen von viel mehr Optimismus geprägt. So überschreibt Kristin Rose-Möhring (Gleichstellungsbeauftragte des BMFSFJ) ihren Erfahrungsbericht über 20 Jahre Gleichstellungsinstrumente in der Bundesverwaltung mit dem Slogan „Viel erreicht – viel zu tun“ und Friedel Schreyögg (ehemalige Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München) unterstreicht die Rolle professioneller Gleichstellungsarbeit als Motor der Modernisierung und Demokratisierung. Rechtliche Innovationen für die Gleichstellungspolitik, die sich aus der neuen Antidiskriminierungsgesetzgebung ergeben, skizzieren Regina Harzer (Universität Bielefeld) und Mathias Mahlmann (Universität Zürich) in ihren Beiträgen über das Gleichbehandlungsrecht. Mahlmann würdigt dabei insbesondere, dass das Gleichbehandlungsrecht für die Universalisierung von Freiheitssphären innerhalb einer Gesellschaft steht und die Freiheitsgewinne eine Einschränkung der Privatautonomie, die ohnehin immer an Rechtsgrenzen gebunden ist, rechtfertigt. Wichtig sei es zudem, die Grenzen der Herstellung von Gerechtigkeit mit dem Gleichbehandlungsgesetz zu sehen. Es handele sich um einen individuellen, reaktiven Ansatz. Das Gleichbehandlungsgesetz könne jedoch kein Ersatz für eine ernst gemeinte Sozialstaatlichkeit sein.

Michael Meuser (TU Dortmund) und Birgit Riegraf (TU Braunschweig) verweisen darauf, dass im Zuge der Professionalisierung von Gleichstellungspolitik die Rede von Gender durch den Bezug auf Diversity ergänzt wird. Nach Meuser ist noch unentschieden, welche Effekte es hat, mit „Managing Diversity“ Geschlecht als Humanressource zu sehen und somit eine betriebswirtschaftliche Sichtweise auf Geschlecht zu verankern. Meusers Fazit besteht darin, dass „Managing Diversity“ als marktbezogene Selbstregulierung unter Umständen mehr Geschlechtergleichheit erlaube als etatistische Modelle, dies aber um den Preis einer Reaktivierung von Stereotypen. Denn die Aktivierung weiblicher Humanressourcen würde allzu oft mit Bezug auf angeblich besondere Eigenschaften und Führungsqualitäten von Frauen begründet. Dabei basiert seine Analyse auf Einzelbeispielen, was verdeutlicht, dass umfangreiche empirische Analysen zu den Effekten von „Managing Diversity“ auf die Gleichstellungspolitik noch ausstehen.

Während also aus Sicht der Wissenschaft ein Ausbau der Forschung zu Gleichstellungspolitik erforderlich ist, haben im Rahmen der Diskussionen die PraktikerInnen auf die Notwendigkeit einer Professionalisierung von AkteurInnen in der Gleichstellungspolitik verwiesen.

Das Programm der Tagung kann unter <http://www.uni-bielefeld.de/IFF/aktuelles/akt-tag.html> abgerufen werden.

Umkämpfte Arbeit

Tagung vom 16. bis 18. Mai 2008 in Berlin

MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Der Titel dieser Tagung konnte durchaus als programmatische Vorgabe verstanden werden: Die rund 80 Teilnehmenden und Vortragenden der Tagung „Umkämpfte Arbeit“ verband ganz offensichtlich ein gemeinsames Erkenntnisinteresse, nämlich die Frage nach kollektiven Handlungsmöglichkeiten im Kontext von Arbeit, nach ihren Ausgangspunkten und Perspektiven. Die VeranstalterInnen – die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG) und die PROKLA-Redaktion (Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft) – spannten dabei den inhaltlichen Bogen der Beiträge zwischen der Analyse aktueller Verhältnisse und Entwicklungen einerseits und Perspektiven für die Zukunft andererseits. Die Prekarisierung von Arbeit, Umstrukturierungen von Mitbestimmungsstrukturen, gewerkschaftliches Handeln, Arbeitskämpfe in traditionellen Industriesektoren und transnationalen Dienstleistungsbetrieben – all diese Aspekte der Umstrukturierung von Arbeit wurden nahe an der Empirie bearbeitet und immer wieder der Frage unterzogen: In welche Kämpfe führt uns das, welche Kämpfe müssen und können hier geführt werden?

Dass „Umkämpfte Arbeit“ auch immer die Frage nach dem Verständnis von Arbeit an sich aufwirft, erwies sich als ein weiterer, feministisch gefärbter roter Faden durch die Veranstaltung. In der Arbeitsgruppe „Kämpfe um Lohn und Arbeit“ wurde diese Perspektive durch den einleitenden Vortrag von Alexandra Scheele (Universität Potsdam) ins Zentrum der Diskussion gerückt. Alexandra Scheele verwies in ihrem Beitrag auf die lange Tradition feministischer Bearbeitung des Themas Arbeit: Sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Dimension ist Arbeit traditionell mit geschlechterbezogenen Ungleichheiten verbunden. Daraus ergibt sich eine immer noch relevante und grundsätzliche Kritik am System der Erwerbsarbeit. Zur Diskussion gestellt wird damit das Verhältnis von Arbeit und Leben, ein Thema, das heute scheinbar verloren neben den politischen Debatten und den Arbeitskämpfen steht. Konkret sei dies am Beispiel der Arbeitszeitverkürzung, der Umverteilung von Arbeit und der damit verbundenen Debatte um Lebensqualität nachvollziehbar. Scheeles historischen Überblick und ihre kritische Bestandsaufnahme wollen sowohl Gabriele Sterkel (ver.di) als auch Sophie Jänicke und Hilde Wagner (beide IG Metall Vorstand) in der aktuellen Gewerkschaftspolitik in Form der Mindestlohnkampagne von ver.di und der arbeitszeitpolitischen Konzepte der IG-Metall aufgenommen wissen.

Häufig wurde diese Erweiterung des Arbeitsbegriffs, der Blick auf unbezahlte Arbeit und Langzeiterwerbslosigkeit als strukturelles Problem aber erst durch kritische Fragen aus dem Publikum eingemahnt. So wurde der Beitrag zu betriebsnaher Tarifpolitik von Mario Candeias (Rosa-Luxemburg-Stiftung) durch das Beispiel von Panasonic ergänzt, einem Betrieb, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind. Das Engagement dieser Arbeiterinnen in ihren Arbeitskämpfen zeigte, dass Lohnarbeit im Verhältnis

zur sozialer und Care-Arbeit politisiert werden muss und – wie hier – auch wird. Gerade dieser Zusammenhang von dominant weiblicher Belegschaft und der Ausrichtung von Arbeitskämpfen findet aber auch seinen diskriminierenden Widerhall in der Rezeption dieser Kämpfe. So wird anhand des Beitrags von Rudi Schmidt (Universität Jena) zu den Kämpfen der Lokführergewerkschaft GDL kritisch aufgezeigt, dass männlich dominierte Belegschaften auch deshalb eine höhere Streikkraft entwickeln können, weil ihnen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zukommt als Arbeitskämpfen, die in erster Linie Arbeitsplätze von Frauen betreffen (z.B. Einzelhandel). In Ergänzung zu Ingrid Artus (TU München) Vortrag zu „Repressiver Integration und ‚verrückten Kämpfen‘ im prekären Dienstleistungsbereich“ betonte eine Gewerkschafterin den prekären Status von Frauen in diesem Bereich. In den dominanten Argumentationen für den Ausbau des Niedriglohnsektors würde eine unabhängige Existenzsicherung für Frauen indirekt negiert, weil nicht gesehen würde, dass viele Frauen mit Familie von diesen Löhnen existentiell abhängig sind.

Ein erweiterter Arbeitsbegriff, ein kritischer Blick auf das Verhältnis von Arbeit und Leben, das widerständige Potenzial von Frauen in Betrieben – all diese sehr präsenten Elemente geschlechterpolitischer Interventionen, die diese Tagung immer wieder in den Diskussionen und Beiträgen geschlechterkritisch wendeten, konnten nicht über einen Mainstream hinwegtäuschen, der zwar nach Ansatzpunkten für Veränderungen von Arbeitsstrukturen sucht, ohne jedoch konsequent die Frage nach Arbeit über die Erwerbsarbeit hinaus zu formulieren. Insofern mag in der Widersprüchlichkeit der leistungsorientierten Prinzipien die Möglichkeit für einen demontierenden Zugriff liegen (Beitrag von Wolfgang Menz, ISF München) oder über die Regionalisierung von Arbeitskämpfen eine Solidarisierung über den Betrieb hinaus erfolgen (Beitrag von Candeias), offen bleibt allerdings, wie Scheele aus feministischer Perspektive kritisch zuspitzte, dennoch die Frage, wer dieses Subjekt der Veränderung denn tatsächlich sein könnte.

Das Programm der Tagung findet sich unter <http://www.prokla.de/akg-proklatagung-umkaempfte-arbeit-16-18-April-2008.pdf>, darüber hinaus bietet die PROKLA 150 unter demselben Titel eine Sammlung von Beiträgen vieler ReferentInnen der Tagung.

Frauenfragen sind Männerfragen sind Geschlechterfragen? 40 Jahre Neue Frauenbewegung – Und jetzt?

Konferenz von 12. bis 14. Juni 2008 in Bochum

KATRIN BREMER

Und jetzt? Über 120 StudentInnen, PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen trafen sich an der Ruhr-Universität Bochum, um über den historischen Verlauf der Neuen Frauenbewegung (NFB) hinaus einen Blick in die Zukunft der Geschlechterfragen zu werfen.

Prof. Ilse Lenz (Ruhr-Universität Bochum) gab mit ihrem Eröffnungsvortrag den Rahmen für die Konferenz vor. Sie stellte vier historische Transformationen der NFB dar. Ausgangspunkt war die Bewusstwerdung und Artikulation der NFB (1968-1976): Sie begann mit dem Tomatenwurf von Sigrid Rüter und wandelte sich 1976 mit dem Aufkommen des radikalen Gleichheitsfeminismus in eine zweite Phase der Pluralisierung und Konsolidierung, welche 1980 in eine dritte Phase der Professionalisierung und institutionellen Integration überging. Seit 1989 ist ein Wandel der NFB zur Internationalisierung, Vereinigung und Neuorientierung zu beobachten. Dass die schon oft tot gesagte Neue Frauenbewegung sich einer guten Gesundheit erfreut, argumentierte Lenz mit einer wachsenden Zahl aktueller Ereignisse (Konferenzen, Tagungen, weltweite Treffen etc.), die deutlich dem Geschlechterdiskurs zuzuordnen sind. Außerdem werden Geschlechterfragen durch mutige AutorInnen (z.B. Thea Dorn, Charlotte Roche) einer breiten Öffentlichkeit näher gebracht.

Ein weiterer Fokus der Konferenz lag darin, Männerfragen aufzugreifen und sich mit den durch die Neue Frauenbewegung beeinflussten, veränderten Lebenssituationen von Männern auseinanderzusetzen. Dr. Ralf Puchert (Dissens e.V. Berlin) befasste sich mit dem Thema „Männer in Bewegung?“ und zeichnete seinerseits Entwicklungsphasen der „Männer in Bewegung“ nach. Die erste Phase umfasst die Entstehung der Männergruppenszene und deren Suchbewegung zwischen Selbsterfahrung, Forderung und Abgrenzung. Eine zweite Phase sah Puchert in der Etablierung von Männerbüros, Männerforschung, kirchlicher Männerarbeit und der Männergesundheitsbewegung. In der letzten Phase hob er die Kooperation zwischen Männern und Frauen hervor. In der anschließenden Diskussion, an der sich mehrheitlich Frauen beteiligten, stellte sich heraus, dass sich Männer aufgrund ihrer bisherigen Statusposition auch weiterhin in der Geschlechterdiskussion zurückhalten.

Die Beiträge von Prof. Alison Woodward (Vrije Universität Brüssel, Belgien) und Anna Holz (M.A. European Studies, Hamburg) beleuchteten verschiedene Aspekte der politischen Forderungen und Ergebnisse der NFB in der EU-Politik. Beide wiesen darauf hin, dass Frauen und Männer seit 20 Jahren in einem von Frauen dominierten Genderdiskurs stehen und warnten vor dem Bedeutungsverlust von Frauenfragen in der Öffentlichkeit infolge von Diversity und Antidiskriminierungsmaßnahmen. Zu-

dem forderten sie eine stärkere Vernetzung sowie einen europäischen Zusammenschluss von Gleichstellungsbeauftragten.

Prof. Wang Zheng (University of Michigan, USA) beschrieb in ihrem Beitrag „Global Concepts, Local Practises: Chinese Feminism since the Fourth UN Conference on Woman“ den positiven Einfluss des globalen Feminismus auf die chinesische Frauenbewegung. Trotz deutlicher historischer Unterschiede in der Entwicklung der chinesischen und europäischen Frauenbewegungen konnten wichtige Rahmenpunkte wie Gender, Woman´s Empowerment, Gender Mainstream und weitere auch im chinesischen Kontext fruchtbar umgesetzt werden. Sie machte zudem auf verschiedene globale feministische Projektgruppen aufmerksam und verwies auf eine Konferenz zu internationalen Frauenfragen (Juni 2009, University of Michigan).

Gudrun-Axeli Knapp und Paula-Irene Villa setzten sich in ihren Beiträgen wissenschaftskritisch mit dem zunehmenden Verlust einer gesellschaftskritischen Perspektive in der Geschlechterforschung auseinander. Sie stellten die Unschärfen in der Außenwahrnehmung von Frauenforschung und Gleichstellungsarbeit, die Abwertung der Queer Studies als „dubiose Minderheitenwissenschaften“, die zunehmende Abhängigkeit der Genderforschung von wirtschaftlichen Faktoren sowie die Selbstverständlichkeit der Gleichheitswahrnehmung von Frauen kritisch heraus. Die Zukunft des feministischen Denkens beschreiben beide in der Interdisziplinarität des Fachgebietes und fordern von den Hochschulen ein zeit- und wirtschaftsunabhängiges Arbeiten.

Die Beiträge zeigten, dass die Themen der Neuen Frauenbewegung an Brisanz nichts verloren haben. Es stellte sich heraus, dass eine stärkere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Praxis von allen Seiten erwünscht ist. Veranstaltet wurde die Konferenz von der Marie-Jahoda Gastprofessur für internationale Geschlechterforschung an der Ruhr-Universität gemeinsam mit dem Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie, der Heinrich Böll Stiftung NRW und dem Netzwerk Frauenforschung NRW. Das Tagungsprogramm und einige Vorträge der Konferenz sind unter der Internetadresse: http://www.gwi-boell.de/feminismus_gd/feminismus_gd_start.htm#Frauenfragen abrufbar.

Schnittstellen // Transmissions. Feministische Wissenschaft und Wissenstransfer

Tagung am 14. Juni 2008 in Fribourg (Schweiz)

DAGMAR COSTANTINI

Mit der internationalen Tagung „Schnittstellen // Transmissions“ setzte sich der Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (FemWiss) zum Ziel, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik, Wirtschaft, Bildung und Medien zu beleuchten und dabei die Gründe für den bisher unzureichenden Wissenstransfer zu ermitteln. Dabei sollten Strategien entwickelt werden, um der gegenwärtigen Situation des „Backlash“ zu begegnen. Ausgangspunkt von FemWiss war der Befund, dass zu wenig des wissenschaftlichen Wissens in die öffentlichen Geschlechter- und Gleichstellungsdebatten gelange.

An der zweisprachigen Tagung nahmen etwa 120 Frauen teil. Aus der Deutschschweiz waren dies hauptsächlich Praktikerinnen, Frauen aus der universitären Lehre und Forschung hingegen kamen fast ausschließlich aus der französischen Schweiz. Der italienischsprachige Kulturraum der Schweiz wurde leider nicht adressiert.

Martine Chaponnière (Universität Genf) benannte in ihrem Eingangsvortrag zur Vermittlung von feministischem Wissen an ein negativ eingestelltes, gleichgültiges oder desinteressiertes Publikum einige Vermittlungshindernisse feministischer Wissenschaft. Die ihrem universitären Alltag entstammende, absichtlich unvollständig gehaltene Liste setzte ein mit dem Verdacht der ideologischen Färbung, welche der feministischen Wissenschaft anhafte, sowie dem weit verbreiteten Missverständnis, Gender Studies würden sich ausschließlich mit Frauenanliegen auseinandersetzen. Weitere wichtige Punkte dieser Liste waren die tief verankerte Vorstellung, „Biologie könne man halt nicht ändern“, und die weit verbreitete Ansicht, Gleichstellung sei bereits erreicht. Zuletzt erwähnte Chaponnière die Selbstzensur: Um überhaupt gehört zu werden, würden viele FeministInnen das F-Wort oder auch anderes feministisches Vokabular vermeiden. Dies führe zu völlig ausgehöhlten Aussagen wie „Die Situation der Frau hat sich in unserer Gesellschaft nicht wirklich verändert“ (frei übersetzt von „Die Unterdrückung der Frauen bleibt im patriarchalen System weiterhin bestehen“).

Dem Eingangsvortrag von Chaponnière folgten acht Workshops, die den Wissenstransfer in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kommunikation, Bildung und soziokulturelle Arbeit beleuchteten. In den Workshops diskutierten Frauen aus dem Hochschul- und aus dem Praxiskontext über ihre Forschung und Tätigkeit.

Der Workshop zur institutionellen Politik konzentrierte sich auf „Machtgrenzen“ und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Vermittlung. Es wurde festgestellt, dass WissenschaftlerInnen PolitikerInnen nicht häufig genug kontaktierten. Die anwesenden Politikerinnen wünschten sich konkrete Instrumente, Resultate aus Studien sowie Priorisierungen von Seiten der GeschlechterforscherInnen.

Im Workshop „Transfer in die Unternehmen“ stellte Gudrun Sander (Universität St. Gallen) das Instrument des Gleichstellungscontrollings vor, dessen Ziel die Integration von Gleichstellungsanliegen in die Planungs- und Steuerungsprozesse einer Institution oder Firma ist. Dabei soll Gleichstellung als Querschnittsaufgabe verankert und die Umsetzungsverantwortung den Führungskräften übertragen werden. Wichtig sei jedoch, dass das Controlling zwar von der Leitung initiiert, von den MitarbeiterInnen aber auch unterstützt werden müsse. Sander stellte fest, dass weniger das Controlling selbst als die Schaffung der Instrumente, die zu einem späteren Zeitpunkt dem Controlling dienen, von den Firmen genutzt werden (wie zum Beispiel die Datenerhebung). In der praktischen Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen stellt sich aber die Schwierigkeit, dass gewisse konkrete Entscheidungen – z. B. bei Teilzeitanstellungen – vom mittleren Kader gefällt werden müssen. Ursula Meichle (Carrière Féminine) bestätigte aus ihrer Praxiserfahrung in der Kaderselektion, dass es schwierig sei, Frauen zu platzieren, wo sie nicht explizit von den Auftraggebenden gewünscht seien.

Die Resultate der Workshops wurden in einer Synthese von den Moderatorinnen zusammengetragen. Die identifizierten Hindernisse im Wissenstransfer scheinen nur zum Teil kontextabhängig. Viele ziehen sich über verschiedene Bereiche hinweg, wie beispielsweise die negative Wirkung einer als radikal empfundenen feministischen Sprache. Nur wenige Lösungsvorschläge wurden präsentiert, um diese Hindernisse zu überwinden. Deutlich wurde die Persistenz patriarchaler Strukturen auch in einer zunehmend flexiblen Gesellschaft. Der Vorschlag, die Sprache etwas zu entschärfen, um sich mehr Gehör zu verschaffen, wird aber nicht von allen als Lösung empfunden. Damit riskiere man, dass Gleichstellungsanliegen auf lediglich administrative Maßnahmen reduziert und somit eines wichtigen Teils ihrer Inhalte beraubt würden. Eine weiterhin notwendige politische Diskussion würde damit verhindert.

Die Tagung zeigte auf, dass der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis einem Bedürfnis entspricht. Vor allem Frauen aus dem Praxisbereich wünschten sich mehr Input aus der Wissenschaft. Die Diskussionen führten zu produktiven Ergebnissen, einigen Lösungsvorschlägen und vor allem konnten wichtige Kontakte geknüpft werden. Nicht zuletzt wurden neue Formen des Dialogs und des Austauschs zwischen WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen angedacht.

Die Beiträge der Tagung werden auf www.femwiss.ch und in FemInfo veröffentlicht.

Programmierte Frauenarmut

Fachtagung am 17. Juni 2008 in Bremen

HELLA BAUMEISTER

In welchen biografischen Statuspassagen sind Frauen besonders gefährdet in Armut zu geraten, was sind die strukturellen und institutionellen Ursachen und welche Ansätze zur Veränderung gibt es? Das waren die Kernfragen der Fachtagung „Programmierte Frauenarmut“, die am 17. Juni 2008 in der Bremischen Bürgerschaft stattfand. Die Organisatorinnen, die Bremische Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen, legten den Fokus auf vier biografische Schnittstellen, an denen die Armutsgefahr für Frauen besonders hoch ist: Ausbildung/Übergang in den Beruf, Elternschaft, Erwerbsarbeit, Alter. Rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland erörterten die rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, die solche Schnittstellen zur Armutsgefahr werden lassen, und berieten Verbesserungsvorschläge.

Obwohl Mädchen in der Regel die besseren und höheren Schulabschlüsse haben, gelingt es ihnen nicht, diesen Vorsprung beim Übergang in den Beruf zu nutzen. Dies legte Karin Gottschall (Universität Bremen) im Forum 1 „Trotz Abschluss arm?! Mangelnde Bildungsrenditen als Armutsrisiko“ dar. Über die nahe liegenden Erklärungen hinaus, wie u.a. geschlechtsspezifische Berufswahl, diskontinuierliche Berufsbiografien, lenkte sie den Blick auf die Berufsstruktur: einerseits eine duale Ausbildung für Facharbeiterberufe und andererseits eine schulische Ausbildung für die Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe. Im Unterschied zum dualen System ist die vollzeitschulische Ausbildung, in der Frauen dominieren, nicht bundeseinheitlich geregelt. Es bestehen hier nicht nur geringere Aufstiegs- und Einkommensmöglichkeiten sondern auch ein verminderter Qualifikationsschutz. Hier seien neben dem Sozialstaat auch die Gewerkschaften gefordert. Bildung sei zwar eine Voraussetzung zur Lösung der Armutsfrage, allerdings nicht die Lösung selbst, so Karin Gottschall. Notwendig sei eine Neubewertung von Frauenerwerbsarbeit.

Marianne Friese (Justus-Liebig-Universität Gießen) plädierte dafür, die – häufig von Frauen bevorzugten – personenbezogenen Dienstleistungsberufe in ihren Ausbildungsgängen zu standardisieren und zu akademisieren, um so nicht nur die Ausbildungsqualität, sondern auch Prestige und Verdienstmöglichkeiten dieser Berufe zu verbessern. Das gelte insbesondere für die Ausbildung des Erziehers/der Erzieherin, die auf europäisches Niveau gehoben werden müsse. Das Forum empfahl, die sozialen, ökonomischen und bildungspolitischen Debatten zu vernetzen und schulische Berufsabschlüsse, die bislang unkoordiniert in Verantwortung der Bundesländer geregelt sind, gegenseitig anzuerkennen.

Familienpolitik ist in unserem Land vor allem finanziell und wenig infrastrukturell geprägt. Das belegte Irene Dingeldey (Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen) im Forum 2 „Kinder als Armutsrisiko: Die Exklusion von Müttern am Arbeits-

markt“ am Beispiel der Kinderbetreuung. Auch seien die Transferleistungen nicht ausreichend, um Erwerbslose, Geringverdienende und Teilzeitbeschäftigte über die Armutsschwelle zu bringen. Barbara Thiessen (Deutsches Jugendinstitut, München) betonte, wie wichtig wohnortnahe Vernetzung und Anlaufstellen für Frauen seien, die unter Armutbedingungen leben bzw. von Armut bedroht sind.

Wie stark in den letzten Jahren der Niedriglohn-Sektor ausgeweitet wurde, hob Sigrid Betzelt (Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen) im Forum 3 „Das Arbeits-Los: Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung“ hervor: Inzwischen arbeite mehr als jede/r fünfte Beschäftigte im Niedriglohnbereich, wobei selbst Tariflöhne häufig keinen Schutz mehr böten. Niedriglohnbeschäftigung ist eindeutig „Frauensache“ (70%), mit Schwerpunkten bei den Mini-Jobs und Teilzeitarbeit. Damit wird die Rolle der erwerbstätigen Frauen als „Zuverdienerinnen“ verfestigt. Befördert wurde diese Entwicklung u.a. durch die „Hartz-Gesetze“. Karen Jaehrling (Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg/Essen) plädierte denn auch konsequent für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Einhellige Meinung war: Die Arbeitsmarktpolitik muss eine konsequentere Gleichstellungspolitik verfolgen. Die aktive Förderung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sei als individuelles Recht festzuschreiben und zwar für Empfängerinnen von Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II. Arbeitsmarktpolitik dürfe nicht länger – wie heute – ein Abgleiten in Armut befördern, sondern müsse im Gegenteil zum Abbau von Armutsrisiken beitragen z.B. durch Umstrukturierung von Mini-Jobs.

Im abschließenden Werkstattgespräch ging es um die Umsetzung der zuvor erarbeiteten Vorschläge. Mit dem Präsidenten des Bremischen Senats, Jens Böhrnsen (SPD), diskutierten die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und langjährige niedersächsische Ministerin Heidi Merk, Hildegard Nickel von der Humboldt-Universität Berlin und die Gastgeberin, die Bremer Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe. Sie konfrontierten ihn mit zwei zentralen Ergebnissen der Tagung: Für das Land Bremen sollen ein Querschnittsprogramm „Gleichstellung“ entwickelt und auf Bundesebene eine Enquête-Kommission zur Gleichstellungspolitik initiiert werden, die die Auswirkungen der sozial-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitischen Umstrukturierungen auf Frauen untersucht.